

2. Radikale Demokratietheorie unter Normalisierungsdruck

Radikale Demokratietheorien haben sich in den letzten Jahren in der demokratietheoretischen Diskurslandschaft als eigenständiges und sehr sichtbares Paradigma etabliert. Der Begriff wurde Mitte der 1980er Jahre vor allem durch seine prominente Verwendung in der mittlerweile zum Klassiker avancierten, von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in Ko-Autorschaft verfassten Monographie *Hegemony and Socialist Strategy* (Laclau/Mouffe 2001) in einer spezifisch auf die Hegemonietheorie der Autor*innen bezogenen Weise eingeführt.¹ Nach einer gewissen Latenzzeit hat die Idee radikaler Demokratie im Kontext der Debatten über das Politische² in den vergangenen zwei Dekaden immer mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Im Zuge dieser Etablierung der radikalen Demokratietheorie als demokratietheoretisches Paradigma sind zudem eine starke Ausweitung des als einschlägig wahrgenommenen Autor*innenpools und insgesamt eine Pluralisierung radikaldemokratischer Positionen zu beobachten.³

Bei allen Unterschieden zwischen diesen verschiedenen radikaldemokratischen Ansätzen lässt sich als ein gemeinsamer Zug der Umstände hervorheben, dass radikale Demokratietheorien die Kontingenz sozialer und politischer Ordnungen betonen und in diesem Zusammenhang

1 In der deutschen Übersetzung taucht er anstelle der *socialist strategy* sogar im Buchtitel selbst auf: *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 2012).

2 Für Überblicke vgl. Marchart 2010; Martinsen 2019; Herrmann/Flatscher 2020a

3 Für meinen eigenen, knapp gehaltenen Überblick vgl. Flügel-Martinsen 2020a; für eine umfangreiche Darstellung der verschiedenen Positionen vgl. das von mir mit herausgegebene Handbuch zur radikalen Demokratietheorie: Comtesse et al. 2019a.

die Bedeutung von Dissens und Konflikt über die Gestaltung dieser Ordnungen für demokratische Politik herausstellen.⁴ In zeitdiagnostischer Perspektive dürfte der jüngere Erfolg radikaler Demokratietheorien sicherlich nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass sich in den letzten beiden Dekaden gerade auch in liberalen Demokratien eine enorme Zunahme an Spannungen und Konflikten im politischen Diskursraum zeigt, die für gängige demokratietheoretische Paradigmen wie liberale, republikanische und deliberative Demokratietheorien⁵ einen zu überwindenden Störfall darstellen, während sie die Grundannahmen radikaler Demokratietheorien zu bestätigen scheinen. Ja, mehr noch: Gerade der »Aufstieg des Populismus« und die damit verbundene »Krise der liberalen Demokratie« wurden, wie es Lucas von Ramin fasst, von radikaldemokratischen Ansätzen »fast prophetisch [...] vorhergesagt« (von Ramin 2021, 337).

Radikale Demokratietheorien, so ließe sich zugespitzt sagen, verdanken ihre derzeitige Popularität demnach nicht zuletzt einer Defizitdiagnose gängiger Demokratietheorien, die sich in wesentlichen Hinsichten als inadäquat erweisen, um die Herausforderungen unserer gesellschaftlichen Gegenwart zeitdiagnostisch zu erfassen und theoretisch zu verarbeiten. Hinsichtlich der Stellung radikaler Demokratietheorien zu anderen Demokratietheorien lässt sich darüber hinaus insgesamt eine deutliche Abgrenzungsbewegung feststellen. Das trifft nicht nur auf etablierte normative Demokratietheorien wie die bereits erwähnten liberalen, republikanischen oder deliberativen Zugänge zur Demokratie zu. Eine deutliche Kritik und Abkehr richtet sich gerade auch gegen empirische Demokratietheorien. So hat etwa Claude Lefort, der heute ebenfalls als ein klassischer Autor radikaldemokratischen Denkens gilt (vgl. Oppelt 2017; Flügel-Martinsen 2024, Kap. 8), seine eigene politische Philosophie insgesamt mit einer

4 Selbstverständlich gibt es neben der Konfliktdimension noch eine ganze Reihe weiterer gemeinsamer Annahmen radikaler Demokratietheorien wie etwa die Vorstellung, Demokratie wesentlich nicht einfach als Regierungssystem, sondern als Gesellschaftsform und als Modus der Konstitution sozialer Ordnungen zu verstehen, oder die Betonung des Umstands, dass die Konturen des Begriffs des demokratischen Volkes konstitutiv umstritten bleiben; vgl. hierzu Flügel-Martinsen 2020a.

5 Zum Verhältnis radikaler Demokratietheorien zu den genannten anderen demokratietheoretischen Ansätzen vgl. Comtesse et al. 2019b, 474–483.

grundlegenden Kritik an den wissenschaftstheoretischen und epistemologischen Prämissen empirisch-analytischer Perspektiven in der Politikwissenschaft und der politischen Soziologie verbunden, indem er die ganze Vorstellung objektiver und neutraler Zugänge zu politischen oder demokratietheoretischen Fragestellungen in Zweifel zieht (vgl. Lefort 1986; Flügel-Martinsen 2020a, Abschnitt 1.1.).

Radikale Demokratietheorien entfalten demnach ihre eigenen Überlegungen vor dem Hintergrund einer umfassenden Kritik an den Prämissen und Zielsetzungen der etablierten demokratietheoretischen Paradigmen, und sie vertreten damit ein anderes Verständnis von Demokratietheorie insgesamt. Während sie mit Blick auf empirische Demokratietheorien grundsätzliche wissenschaftstheoretische Zweifel anmelden, stellen sie hinsichtlich normativer Demokratietheorien deren begründungstheoretische Ausrichtung ebenso wie deren Vorstellung einer institutionell eingehegten Vermittlung von Konflikten als Kernelement von Demokratie infrage (vgl. Flügel-Martinsen 2020a, Abschnitt 1.1.). Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass radikale Demokratietheorien nicht nur auf die übliche und erwartbare Abwehrhaltung gegenüber dem *new kid on the block* treffen, sondern dass sie darüber hinaus mit einer ganzen Reihe an grundlegenden Einwänden konfrontiert werden. Mich interessieren dabei im Folgenden vor allem zwei Typen von Kritiken, die mittlerweile in die radikaldemokratische Debatte selbst Eingang gefunden und teils als berechtigte Anforderungen an radikale Demokratietheorien anerkannt werden. Dabei handelt es sich zum einem um den Vorwurf eines Normativitätsproblems (vgl. von Ramin 2021) und zum anderen um die Diagnose eines Institutionendefizits⁶ der radikalen Demokratietheorie.

Beide Einwände werde ich als Erscheinungsformen eines demokratietheoretischen Normalisierungsdrucks interpretieren, gegen den ich eine Lesart radikaler Demokratietheorie verteidigen werde, die deren anders angelegten Theorietypus geltend macht. Ich schlage ein Verständnis radikaler Demokratietheorie vor, das diese wesentlich als einen kritisch befragenden Theorietypus versteht, der sich weder auf den Entwurf von Institutionenmodellen noch auf die Begründung

6 Vgl. hierzu die Beiträge in Herrmann/Flatscher 2020a und für einen zusammenfassenden Überblick vor allem auch die Einleitung der Herausgeber: Herrmann/Flatscher 2020b.

normativer Positionen einlassen kann, ohne den radikal-kritischen Impetus einzubüßen, der ihn vor allem auszeichnet.⁷

Damit ist keineswegs gemeint, dass radikale Demokratietheorien nichts zu normativen oder institutionentheoretischen Fragestellungen beitragen sollten oder könnten. Im Gegenteil besteht eine der wesentlichen Operationen radikaler Demokratietheorie, so wie ich sie zu deuten vorschlage, in einer kritisch-befragenden Auseinandersetzung mit normativen und institutionellen Ordnungen. Diese Auseinandersetzung zielt keineswegs auf eine Überwindung normativer und institutioneller Ordnungen, sondern kehrt nur den Umstand hervor, dass kritisch-befragende Zugänge zu Normen und Institutionen ihre eigene kritische Distanz verlieren, sobald sie selbst normative Konzepte oder institutionelle Modelle zu entwickeln beginnen. Deshalb verstehe ich den Beitrag radikaler Demokratietheorie zur Normativitäts- und Institutionentheorie als eine Form der kritischen Befragung, die es dennoch erlaubt, auf die Bedeutung von Normen und Institutionen hinzuweisen, ohne aber auf deren Begründung oder Modellierung zu zielen. Als Normalisierungsdruck deute ich die Stoßrichtung dieser Kritiken an radikalen Demokratietheorien vor allem auch deshalb, weil beide Kritiken gleichsam von einer implizit bleibenden metatheoretischen Ebene aus suggerieren, dass es so etwas wie ein fest umrissenes demokratietheoretisches Anforderungsprofil gibt, zu dem die Begründung normativer Konzepte und die Modellierung institutioneller Ordnungen gehören und dem sich auch radikale Demokratietheorien nicht entziehen können. Demgegenüber werde ich argumentieren, dass radikale Demokratietheorien wesentliche Beiträge zur Institutionen- und Normativitätstheorie leisten, dabei aber andere theoretische Zielsetzungen verfolgen. Von Defiziten ließe sich hier demnach nur dann sprechen, wenn man ein festes metatheoretisches Anforderungsprofil

7 Ich bündele damit im vorliegenden Beitrag in systematisierender Absicht Überlegungen, zu denen ich an anderen Orten Vorüberlegungen angestellt habe. Vgl. so die Diskussion zwischen Hubertus Buchstein und mir auf theorieblog.de (Buchstein 2020 und Flügel-Martinsen 2020b); die institutionentheoretischen Überlegungen, die ich gemeinsam mit Franziska Martinsen angestellt habe (Flügel-Martinsen/Martinsen 2020); und schließlich meinen Aufsatz zum Verhältnis von Normativität, Politischer Theorie und Politikwissenschaft (Kap. 8 des vorliegenden Bandes).

voraussetzen könnte – das aber ist, wie ich zeigen werde, eine abwegige Annahme.

Ich werde meine Überlegungen in drei Schritten entfalten. Zuerst setze ich mich mit der institutionentheoretischen Problemstellung auseinander (1.). Hernach verteidige ich eine befragende Positionierung zu normativen Fragestellungen (2.). Schließen werde ich mit kurzen resümierenden Überlegungen, die noch einmal zusammenfassend das besondere Theorieverständnis radikaler Demokratietheorien reflektieren und programmatisch umreißen, inwiefern es sich bei radikaler Demokratietheorie um eine kritische Theorie unserer Gegenwart handelt (3.).

1. Kritische Institutionenanalyse

Radikale Demokratietheorien haben im demokratietheoretischen Diskurs nicht zuletzt dadurch von sich Reden gemacht, dass sie nicht nur einfach auf die politische Bedeutung außerinstitutioneller emanzipatorischer Bewegungen hingewiesen, sondern deren Dissensartikulationen nachdrücklich ins Zentrum der Idee der Demokratie gerückt haben (vgl. Flügel-Martinsen 2020b). Dabei hat die mittlerweile vielzitierte Unterscheidung zwischen einem institutionalisierten politischen Betrieb (die Politik/*la politique*) und einem vor-, über- und außerinstitutionellen Politischen (*le politique*) (vgl. Marchart 2010; Martinsen 2019) die wichtige Funktion übernommen, zwei politische Ebenen so voneinander zu unterscheiden, dass die zwischen ihnen angelegten, für die Demokratieidee radikaler Demokratietheorien so wichtigen Konfliktdimensionen konzeptionell erfasst werden. Demokratie findet demnach nicht in der einen oder der anderen der beiden Sphären statt, sondern an den Berührungsflächen von Politik und Politischem.

Diese konzeptionelle Leistung hat zunächst dafür gesorgt, dass radikale Demokratietheorien erfolgreich für sich beanspruchen können, das politische Geschehen zeitdiagnostisch besser als andere demokratietheoretische Ansätze in die Demokratietheorie integrieren zu können. Sie verstehen Demokratie nicht von vornherein als Regierungssystem und sehen deshalb auch die Aufgabe von Demokratietheorie nicht darin, Entwürfe demokratischer Institutionenmodelle zu formulieren, sondern den Konflikt über die Gestaltung dieser institutionellen Ordnungen zu denken. So hält Rancière in seiner in wesentlichen Hinsichten parallelen Unterscheidung zwischen einer institutionel-

len Sphäre der Polizei und einer Dissensartikulation in der Sphäre der Politik (vgl. Abbas 2019) emphatisch den Anspruch fest, dadurch die Politische Philosophie wieder näher an die politische Praxis heranzuführen (vgl. Rancière 2002, 13). Zudem unterstreicht er, dass Demokratie nicht als Staatsform verstanden werden kann (vgl. Rancière 2011, 87) und nur dann erscheint, wenn sich ein politischer Streit um die Gestaltung unserer Welt entzündet, der immer ein Streit über die polizeiliche Ordnung, also auch über die politische Institutionenordnung sein muss (vgl. Rancière 2002, 110f.; vgl. dazu Flügel-Martinsen 2024, Kap. 12).

Diese emphatische Betonung der Rolle einer Kritik, die gegebene politisch-institutionelle Ordnungen infrage stellt, ist aber nicht nur für die enorme Aufmerksamkeit verantwortlich, die radikaldemokratischen Ansätzen in den zeitgenössischen Debatten der Politischen Theorie zuteilwird. Sie hat auch zu einem mittlerweile zum Standardvurteil gewordenen Einwand gegenüber radikaler Demokratietheorie geführt. Aus dem Umstand nämlich, dass radikale Demokratietheorien der Institutionenkritik im Sinne einer Befragung bestehender Institutionen eine so große Bedeutung zuschreiben, wird zumeist darauf geschlossen, dass sie ansonsten gegenüber institutionellen Fragestellungen desinteressiert seien oder, wie Hubertus Buchstein diagnostisch konstatiert, »gravierende institutionentheoretische Lücken« (Buchstein 2020) aufweisen. Buchstein trägt diesen Vorwurf nicht einfach von außen heran, sondern kann richtigerweise darauf hinweisen, dass das in radikaldemokratischen Diskursen selbst so reflektiert werde. Im systematischen Einleitungskapitel zu einem einschlägigen Sammelband zum Verhältnis von Theorien des Politischen, radikaler Demokratie- und Institutionentheorie, der die bislang umfassendste Publikation zu diesem Themenkomplex darstellt (vgl. Herrmann/Flatscher 2020a), notieren die beiden Herausgeber etwa, dass in den Theorien des Politischen »die Dimension der Institutionalisierung selbst in einer auffälligen Weise untertheoretisiert geblieben ist« (Herrmann/Flatscher 2020b, 8).⁸

So verdienstvoll dieser Band meines Erachtens ist, weil er sich Fragen der Beziehung von radikaler Demokratie- und Institutionentheorie intensiv und umfassend annimmt, so sehr halte ich diese Einschätzung für ein Fehlurteil, das sich meines Erachtens einerseits als Ausdruck des

8 Weiter unten im Text führen die Autoren dann wesentliche Vertreter*innen einer solchen Kritik an Theorien des Politischen und der radikalen Demokratietheorie auf (vgl. Herrmann/Flatscher 2020b, 14–16).

oben angesprochenen Normalisierungsdrucks lesen lässt und das andererseits die eigentliche Leistung radikaldemokratischer Ansätze auf dem Feld der Institutionentheorie verkleinert oder sogar übersieht. Um einen Ausdruck von Normalisierungsdruck handelt es sich nach meinem Dafürhalten deshalb, weil mit der Diagnose eines institutionentheoretischen Defizits implizit ein bestimmter Aufgabenumfang von Institutionentheorie überhaupt *a limine* anerkannt wird, dem sich auch radikale Demokratietheorien nicht entziehen dürften, ohne defizitär zu bleiben. Namentlich geht es hierbei darum, dass zu einem angemessenen Verständnis dieses Aufgabenumfangs offensichtlich die Öffnung von Institutionalisierungsperspektiven selbst gehört. Radikale Demokratietheorien wären demnach so lange und in dem Maße institutionentheoretisch unterentwickelt, wie es ihnen nicht gelingt, konkrete Institutionalisierungsperspektiven zu entwickeln.

In strikter Zurückweisung dieses Eindrucks werde ich demgegenüber dafür argumentieren, dass radikale Demokratietheorien dann ihre institutionentheoretische Stärke entfalten, wenn sie sich auf die Aufgabe einer kritischen Institutionenanalyse konzentrieren. Das heißt, um diesen möglichen Eindruck von vornherein zu zerstreuen, keineswegs, dass sie nicht auf die Bedeutung von Institutionalisierungsperspektiven hinweisen können. Aber sie sind dann am stärksten, wenn sie ein anderes Verständnis von Institutionentheorie zugrunde legen, demzufolge darunter wesentlich eine kritische Institutionenanalyse zu verstehen ist. Folgt man Rancières Deutungsvorschlag, dann ist es schlicht nicht die Aufgabe einer Demokratietheorie, selbst institutionelle Modellierungen vorzuschlagen, da Demokratie ja gerade dann stattfindet, wenn etablierte Institutionengefüge kritisch durchleuchtet und infrage gestellt werden. Damit widerspreche ich explizit Annahmen, die den oben zitierten Einschätzungen mindestens implizit zugrunde liegen, dass eine eigentliche Institutionentheorie erst dann vorliege, wenn auch konkrete Institutionalisierungswege ausgewiesen werden können. Aus der radikaldemokratischen Lesart von Demokratie, die ich hier vertrete, ist das nicht nur kein konstitutiver Bestandteil von Demokratietheorie, sondern Demokratietheorie bekäme auch paternalistische Züge, wenn sie die institutionellen Wege vorzeichnen würde, die die Kämpfe emanzipatorischer politischer Bewegungen nehmen sollen.

Wie ich andernorts gemeinsam mit Franziska Martinsen dargelegt habe, gibt es, wie auch sonst im Diskurs radikaler Demokratietheorie, auf dem Feld der Institutionentheorie einen sehr ausgeprägten Plura-

lismus (vgl. Flügel-Martinsen/Martinsen 2020): So lassen sich Ansätze, die Demokratie tatsächlich anarchistisch über staatliche Institutionen hinauszutreiben suchen (vgl. Abensour 2012), von anderen Ansätzen unterscheiden, die die Bedeutung von Institutionalisierungsperspektiven hervorheben und auch selbst beanspruchen, solche ausweisen zu können (vgl. Mouffe 2008; Mouffe 2014). Zwischen diesen beiden Positionen scheint mir schließlich die radikaldemokratiethoretisch attraktivste Variante in dem Vorschlag zu liegen, der sich aus den Arbeiten Jacques Rancières rekonstruieren lässt.

Rancière leugnet nämlich keineswegs die Bedeutung institutioneller Ordnungen, weshalb er nicht für eine Abschaffung polizeilicher Ordnungen plädiert und konzidiert, dass es bessere und schlechtere Polizeien gebe (vgl. Rancière 2002). Gleichzeitig reserviert er den Namen der Demokratie aber für die Bewegung der Infragestellung und der Neuaufteilung solcher Ordnungen (vgl. Rancière 2015), ohne dass es theoretisch möglich sein könnte, diese praktischen politischen Bewegungen zu antizipieren. Sehr wohl möglich ist es aber durchaus, die demokratische Qualität solcher Bewegungen und Aktivitäten kritisch zu evaluieren, sodass radikale Demokratietheorien keineswegs alle Infragestellungen institutioneller Ordnungen unterschiedslos begrüßen (müssen). Folgt man hier wiederum Rancière, dann sind demokratiethoretisch von Belang insbesondere Infragestellungen, die durch Teile ohne Anteil artikuliert werden und die auf eine Neuaufteilung des Sinnlichen zielen, die bestehende Ausschließungsverhältnisse aufbricht (vgl. Flügel-Martinsen 2020a, Kapitel 7; Flügel-Martinsen 2021, Kapitel 5). Infragestellungen, die Exklusion fordern und die wir in jüngerer Zeit vielfach auch unter Inanspruchnahme der Semantik des Demokratischen auf Seiten der politischen Rechten finden, können demnach kaum als demokratisch gelten (vgl. Flügel-Martinsen 2021, Kapitel 5). Ob und inwiefern radikale Demokratietheorien für derlei Unterscheidungen normativer Prinzipien bedürfen, wie es etwa Buchstein fordert (vgl. Buchstein 2020), werden wir im folgenden Abschnitt näher betrachten.

Mit Blick auf die Institutionentheorie lässt sich jedenfalls festhalten, dass, von wenigen Ausnahmen abgesehen,⁹ radikale Demokratietheorien nicht auf eine (anarchistische) Aufhebung von Institutionenordnungen, sondern lediglich auf deren Umgestaltung drängen. Chantal

9 Die Position Miguel Abensours scheint mir am ehesten eine solchen Ausnahme zu sein (vgl. Abensour 2012; Richter 2019).

Mouffe plädiert dabei sogar emphatisch dafür, dass ein Rückzug von institutionellen Dimensionen keine ernsthafte Option darstellen kann (vgl. Mouffe 2014, Kapitel 4), da emanzipatorische Bewegungen, die dies tun, auf die Möglichkeit der Beeinflussung politischer Kontexte bewusst verzichten und sich damit Entwicklungen ausliefern, auf die sie keinen Einfluss mehr nehmen können. Diese Einschätzung teile ich, denn es scheint mir auf der Hand zu liegen, dass beispielsweise Hausbesetzer*innen, die sich auf ihr autonomes Wohnprojekt konzentrieren und auf eine Beeinflussung politischer Kontextbedingungen verzichten, damit aber einem Umfeld ausgeliefert bleiben, das sie nicht beeinflussen können, deutlich schlechtere Karten haben dürften als eine politische Bewegung, die die rechtlichen Bedingungen des Wohnens und von Wohneigentum umzugestalten sucht.

Im Lichte eines solchen Beispiels scheint sich nun aber der Bedarf an einer Modellierung institutioneller Perspektiven geradezu wie unter einem Brennglas zu verschärfen. Müssten radikale Demokratietheorien nicht entschieden für die Schaffung partizipatorischer Strukturen plädieren, die einer möglichst großen Personenzahl möglichst große Einflussmöglichkeiten eröffnen? An dieser Stelle scheinen mir eine Unterscheidung und die Reflexion ihrer Implikationen wesentlich zu sein: Selbstverständlich dürfte es für radikale Demokratietheoretiker*innen in vielen Fällen naheliegen, solche Forderungen in der politischen Arena zu unterstützen. Wenn sie das tun, treten sie gleichsam als politische Akteur*innen auf, die sich an einem demokratischen Kampf beteiligen. Eine völlig andere Frage scheint es mir aber demgegenüber zu sein, ob radikale Demokratietheorien die Begründung und Klärung institutioneller Bedingungen, die als demokratisch inklusiv gelten können, zu ihrer Aufgabe machen müssen oder auch nur können. Die Diagnose eines institutionentheoretischen Defizits und die Forderung, die vermeintliche institutionentheoretische Lücke radikaler Demokratietheorien zu beheben, zielen aber genau auf diese zweite Frage,¹⁰ auf die sich radikale Demokratietheorien meines Erachtens nicht einlassen können.

Das hat im Wesentlichen zwei miteinander verbundene Gründe: Zum einen wäre eine solche theoretische Klärung der institutionellen Bedingungen demokratischen Selbstregierens selbst Teil jener Versuche

10 So verstehe ich etwa die Überlegungen von Herrmann, Flatscher (2020b, 8) zu den Desideraten einer radikaldemokratischen Institutionentheorie.

in der Geschichte politischen Denkens, Schluss mit dem politischen Streit um die Einrichtung der Welt zu machen, die Rancière zu Recht anklagt (vgl. Rancière 2002, 73–104). Demokratietheorie würde in diesem Fall nämlich versuchen, die Neuaufteilung, auf die politisch-emanzipatorische Bewegungen dringen, vorwegzunehmen und damit in ein paternalistisches Verhältnis zu diesen Bewegungen geraten, statt sich an ihnen zu beteiligen. Das ist nicht nur misslich, sondern übersieht – hierin liegt der zweite Grund – zudem auch, dass die Kontingenz unserer Aufteilungen des Sinnlichen, die jederzeit Neuaufteilungen möglich macht, es gleichzeitig unmöglich werden lässt, eine bestimmte Aufteilung – etwa in Form einer als besonders demokratisch inklusiv betrachteten Institutionenordnung – theoretisch zu begründen. Demokratie ereignet sich nicht in solchen institutionellen Ordnungen, sondern sie hat die stete Möglichkeit, sie infrage zu stellen, zu ihrer Voraussetzung. Ordnungen, die das Ergebnis heutiger emanzipatorischer Kämpfe sind, bleiben wichtige politische Zielsetzungen. Gleichzeitig können sie aber auf gegenwärtig unabsehbare Weise neue Teile ohne Anteil hervorbringen, weshalb Demokratie, zumal radikale Demokratie, konstitutiv darauf angewiesen bleibt, jede Institutionenordnung auch wieder infrage stellen zu können. Deshalb richtet radikale Demokratietheorie, so wie ich sie zu verstehen vorschlage, ihr Augenmerk auf die kritische Analyse von Institutionen und verzichtet auf die Begründung von Institutionalisierungsperspektiven.

2. Reflexive Kritik normativer Ordnungen

Mit dem Verweis auf die Bedeutung von Kontingenz haben wir einen konzeptionellen Punkt berührt, an dem die Diagnose eines zweiten Defizits ansetzt, das radikalen Demokratietheorien zur Last gelegt wird. Radikale Demokratietheorien haben nämlich, so der zweite Einwand, nicht nur ein Institutionalierungs-, sondern auch ein Normativitätsproblem (vgl. Buchstein 2020; von Ramin 2021).¹¹ Kontingenz wird dabei zum einem insofern als Problem wahrgenommen, als unklar bleibe, »wie

11 Vgl. zu meiner Beschäftigung mit der Beziehung von radikaler Demokratietheorie und Normativität: Flügel-Martinsen 2020b und Kap. 8 des vorliegenden Buchs.

sich eine bestimmte normative Position verteidigen lassen soll, wenn alles berechtigterweise auch immer anders sein könnte« (von Ramin 2021, 337). Auch wenn Lucas von Ramin in dem Zusammenhang konzidiert, dass die unter anderem von mir selbst ins Spiel gebrachte Überlegung, die Offenheit der Kontingenz selbst als kritisches Prinzip zu verstehen, politisch in bestimmten Hinsichten wirksam sein könne, bleibt ihm zufolge dennoch die weitergehende theoretische Frage offen, »wie die Absage an alle Standards als Standard dienen kann« (von Ramin 2021, 338).

In dieser Fassung des Einwands kehrt meines Erachtens die konzeptionelle Struktur wieder, die sich bereits beim oben diskutierten Vorwurf eines institutionentheoretischen Defizits gezeigt hat. Denn auch hier zehren die Überlegungen wesentlich davon, dass es überhaupt darum gehen muss, eine normative Position einnehmen oder einen normativen Standard ausweisen zu können. Hubertus Buchstein, der ebenfalls ein Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorien ausmacht, operiert an dieser Stelle nicht mit einer von außen herangetragenen Erwartungshaltung, sondern geht vielmehr im Modus immanenter Kritik davon aus, dass radikaldemokratische Positionen immer auch normative Begriffe in Anspruch nehmen, die sie dann allerdings nicht ausweisen könnten (vgl. Buchstein 2020).

Wir hätten es demnach mit zwei Fassungen des Einwands eines Normativitätsproblems der radikalen Demokratietheorie zu tun. Das eine Mal stünde sie erneut unter einem Normalisierungsdruck, indem an sie die allgemeine Erwartung herangetragen wird, eine Demokratietheorie – zumal eine solche, die sich die Aufgabe der Kritik auf die Fahnen schreibt – müsse in der Lage sein, eine normative Position zu beziehen und zu begründen. Ansonsten, so scheint mir der Einwand nahezu liegen, bleibe sie gleichsam unvollständig. Und das andere Mal würde die Kritik die Form einer Überführung annehmen, denn bei Buchstein lautet ja der Einwand im Grunde, dass radikale Demokratietheorien eine kryptonormative Struktur haben, die sie aber wohl am ehesten vor sich selbst verbergen, da sie von außen deutlich erkennbar sei.¹² Buchstein sieht den

12 So verstehe ich Buchsteins folgende Argumentation: »Hat er [Flügel-Martinsen; O. F.-M.] in seiner Argumentation nicht klammheimlich von einer ›Essenz‹ seines Demokratieverständnisses Gebrauch gemacht? Oder als was sonst soll man die von ihm in Anschlag gebrachten Kriterien ›deutungsoffen‹, ›pluralistisch‹, ›inklusive‹, ›gleiche Rechte‹ und ›gewaltfrei‹ bezeichnen? Es sind eindeutig normative

Mangel radikaler Demokratietheorien demnach im Wesentlichen darin, dass diese etwas in Anspruch nehmen, von dem sie sich eigentlich distanzieren und für das ihnen dann konsequenterweise die geeigneten Denkmittel fehlen (müssen), weil sie sich um diese gar nicht erst bemühen.

Ich werde diese beiden Einwände, wie schon zuvor bei der Diagnose des Normativitätsdefizits, wiederum zum Anlass nehmen, um das anders angelegte Theorieverständnis radikaler Demokratietheorie programmatisch auszuweisen. Dabei geht es mir nicht um eine gleichsam empirische Widerlegung vor allem des Buchsteinschen Einwands, denn ich bestreite nicht, dass es tatsächlich radikaldemokratische Ansätze geben mag, auf die sein Vorwurf zutrifft. Was ich vielmehr zu plausibilisieren suche, ist, dass radikale Demokratietheorien nicht auf die Begründung normativer Konzepte angewiesen sind. Damit weise ich gleichsam *en passant* auch den ersten Einwand – gewissermaßen die normative Normalitätserwartung – zurück, dass kritische Demokratietheorien normative Positionen einnehmen müssen.

Die Frage nach dem Verhältnis von radikaler Demokratietheorie und Normativität hängt meines Erachtens wiederum entscheidend vom Theorieverständnis ab, in diesem Fall dem Verständnis von Demokratietheorie. Versteht man unter Demokratietheorie einen Theorietypus, der in der Lage sein muss, selbst Modellierungen von Demokratie zu entwerfen, wie es bei den meisten normativen Demokratietheorien der Fall zu sein scheint, dann wäre der Verzicht auf eine Begründung normativer Referenzbegriffe tatsächlich kaum möglich. Normative Demokratietheorien sehen die Aufgabe von Demokratietheorie im Unterschied zu empirischen Demokratietheorien, die sich wesentlich auf eine Typologisierung und Analyse verschiedener Theorieverständnisse beschränken, vor allem auch darin, selbst ein normatives Theorieverständnis zu begründen.¹³ Sind radikale Demokratietheorien normative Demokratietheorien in diesem Sinne? Buchstein zufolge greifen radikale Demokratietheorien auf ein kritisches Vokabular zurück, das nach seiner Einschätzung einen normativen Sinn hat, der seinerseits begründungsbedürftig ist. Buchstein denkt hier nicht

Kriterien, anhand derer er in seiner demokratischen Befragung die Unterscheidung zwischen Töpfchen und Kröpfchen vornimmt.« (Buchstein 2020).

13 Zur Unterscheidung der Perspektiven normativer und empirischer Demokratietheorie vgl. Lembcke et al. 2012; Lembcke et al. 2016.

nur an die augenscheinlich emanzipatorische Stoßrichtung radikaler Demokratietheorie, sondern auch an Begriffe wie »deutungsoffen« oder »pluralistisch«, die, wie er hervorhebt, auch in meinen Arbeiten zur radikalen Demokratietheorie eine Rolle spielen (vgl. Buchstein 2020).

Richtig scheint mir zu sein, dass es im Feld radikaler Demokratietheorien Ansätze gibt, die auf normative Begrifflichkeiten zurückgreifen, um diese in Überlegungen zum Entwurf demokratietheoretischer Modelle einzuspeisen. Ein sehr prominenter Fall liegt etwa mit Chantal Mouffes Überlegungen zur agonistischen Demokratie vor (vgl. Mouffe 2008, Kap. 4; Mouffe 2014, Kap. 1). Mouffe grenzt ihre demokratietheoretischen Überlegungen zwar einerseits gegenüber normativen Ansätzen wie denjenigen Habermas' oder Rawls' ab (vgl. Mouffe 2008, Kap. 8),¹⁴ denen sie unter anderem zum Vorwurf macht, Konfliktdimensionen nicht hinreichend ernst zu nehmen. Gleichzeitig bescheidet sich Mouffe aber ausdrücklich nicht mit einer befragend-kritischen Idee von Demokratie, sondern zielt ausdrücklich darauf, ein demokratietheoretisches Angebot zu formulieren, das in der Lage ist, Konflikten gleichzeitig Raum zu bieten *und* sie zu domestizieren. Mit einer in den demokratietheoretischen Diskursen der letzten Jahre hinlänglich bekannten Unterscheidung plädiert sie für die Transformation eines Antagonismus im Modus der Feindschaft in einen Agonismus im Modus der Gegnerschaft (vgl. Mouffe 2008, 100ff.).¹⁵

Bei der Bestimmung des Begriffs der Gegnerschaft greift sie nun zweifelsohne auf eine ganze Reihe normativer Bestimmungen zurück: »Ein Gegner ist ein Feind, doch ein legitimer Feind, mit dem wir einen gemeinsamen Grund teilen, da wir eine gemeinsame Bindung an ethisch-politische Prinzipien liberaler Demokratie besitzen: Freiheit und Gleichheit.« (Mouffe 2008, 103) Diese Überlegungen setzen fraglos die normativen Prinzipien liberaler Demokratie voraus. Mouffe unterstreicht das auch mit dem Abstand von eineinhalb Dekaden, wenn sie 2014 in *Agonistik* nochmals auf die Grundzüge des agonistischen Demokratieverständnisses zurückkommt, das sie im zuerst 2000 erschienenen Buch über das demokratische Paradox entfaltet hat:

14 In diesem Kapitel grenzt sie sich neben Habermas und Rawls auch kritisch gegen Seyla Benhabib und Joshua Cohen ab, die sie dort in einem jeweiligen Verhältnis der Schüler*innenschaft zu Habermas beziehungsweise Rawls verortet.

15 Zu meiner Kritik der mit dem Begriff des Antagonismus verbundenen politischen Ontologie vgl. Flügel-Martinsen 2017, Abschnitt 3.1.

»Konsens muss über die Institutionen herrschen, die für die liberale Demokratie konstituierend sind, sowie über die ethisch-politischen Werte, von denen die politische Arbeit geprägt sein soll.« (Mouffe 2014, 29)¹⁶

Wenn Mouffe an zentralen Stellen wie diesen auf normative Begrifflichkeiten zurückgreift, dann trifft Buchsteins Einwand meines Erachtens zu, denn damit werden normative Termini an einer konzeptionell zentralen Stelle und in einer begründungstheoretischen Funktion in Anspruch genommen, für die Mouffe selbst keinen begründungstheoretischen Begriffshaushalt zur Verfügung stellt. Damit fällt sie meines Erachtens klar hinter ihre Kritik normativer politischer Theorien zurück. Sie kritisiert deren auf Konsensannahmen bauendes Begründungsprogramm zwar zu Recht, nimmt dann aber selbst normative Prämissen in Anspruch, die in ihrem eigenen politischen Denken in der Luft schweben.

Dieses Problem von Mouffes Demokratietheorie ist nach meinem Eindruck die Folge einer überzogenen Schlussfolgerung aus einer grundsätzlich durchaus berechtigten Kritik an solchen linken Positionen, die für einen Rückzug aus Institutionen plädieren. Diese Schwierigkeit möchte ich kurz vor allem deswegen ansprechen, weil sich an ihrem Beispiel der Punkt identifizieren lässt, über den eine radikale Demokratietheorie nicht hinausgehen kann, ohne ihre eigenen kontingenztheoretischen Überlegungen und deren skeptische Implikationen letztlich zu konterkarieren. Damit verbinde ich die normativitätstheoretische Dimension mit institutionentheoretischen Überlegungen, die Gegenstand des vorangegangenen Abschnitts waren. Mouffe problematisiert in *Agonistik* unter anderem am Beispiel von Hardt und Negri linke Theoriepositionen, die Kritik als Rückzug aus Institutionen verstehen, statt für eine kritische Auseinandersetzung mit Institutionen und deren damit einhergehende Umgestaltung zu plädieren (vgl. Mouffe 2014, Kap. 4). Nach ihrer Überzeugung kann es nicht nur um die negativ-kritische Aufgabe der Disartikulation einer gegebenen hegemonialen Ordnung gehen, sondern es muss auch die Reartikulation einer neuen Ordnung in den Blick genommen werden (vgl. Mouffe 2014, 117f.).

Mouffes Einwand, der sich so auch etwa gegen den Anarchismus David Graebers (vgl. Graeber 2017a; Graeber 2017b), dessen Theorie von großem Einfluss auf die Occupy-Bewegung war, ins Feld führen ließe, finde

16 Vgl. zu Mouffes Liberalismus: Straßenberger/Rzepka 2014.

ich aus den im vorangegangenen Abschnitt angeführten Gründen überzeugend: Eine politische Bewegung, die auf die Gestaltung politisch-institutioneller Kontexte verzichtet, bleibt diesen letztlich mehr oder weniger hilflos ausgeliefert. Für eine Fehlentscheidung halte ich es aber, diese Aufgabe der Reartikulation ebenso wie den Entwurf eines angemessenen institutionellen Rahmens und dessen normativer Prämissen zu einer Aufgabe von Theorie zu machen.

Mouffes jüngere Überlegungen zu einem linken Populismus deuten in die Richtung, dass sie zumindest die Beteiligung an einem gegenhegemonialen Projekt nicht als eine theoretische, sondern als eine politische Aktivität versteht – wenigstens betont sie, dass ihr Plädoyer für einen linken Populismus ausdrücklich als »politische Intervention gedacht« sei, die aus ihrer »Parteilichkeit keinen Hehl« mache (Mouffe 2018, 19). Davon unberührt bleibt aber der Umstand, dass sie in ihrem Entwurf einer agonistischen Politik die Formulierung eines institutionellen Settings und dessen normativer Kernannahmen klar als theoretische Aufgabe bestimmt und damit gleichzeitig aus theoretischer Perspektive für ein bestimmtes Verständnis von demokratischen Institutionen und Normativität plädiert, wodurch sie in eine unaufgelöste Spannung zu den eigenen postessentialistischen Annahmen gerät.

Zudem bin ich insgesamt auch nicht davon überzeugt, dass diese Kombination theoretischer Bemühungen um einen geteilten demokratischen Rahmen und politischen Engagements für ein linkspopulistisches Hegemonieprojekt einen guten Weg weist – weder in theoretischer noch in politischer Hinsicht. Theoretisch wird nämlich, wie bereits hervorgehoben, ein durchaus umfassender Anspruch auf die Begründung eines gemeinsamen Rahmens erhoben, der erstens zu einer Schiefelage hinsichtlich der postessentialistischen und kontingenztheoretischen Annahmen führt, die Mouffe mit anderen radikaldemokratischen Ansätzen teilt. Zudem dürfte sich, zweitens, die entscheidende politische Konfliktlinie in den demokratischen Gegenwartsgesellschaften nicht auf die von Mouffe angedeutete Weise in einen agonistischen Modus der Gegnerschaft überführen lassen: Mit der derzeit wiedererstarkten politischen Rechten und ihren rassistischen und völkischen Programmatiken teilen die demokratischen Akteur*innen nämlich gerade keine gemeinsamen Werte, die eine Auseinandersetzung unter wechselseitig als legitim anerkannten Gegner*innen möglich machen würden. Politisch sind Mouffes Überlegungen, nationale Leidenschaft

ten und die Idee der Führerschaft nicht der politischen Rechten zu überlassen (vgl. Mouffe 2018, 83ff.), sondern sie in ein linkspopulistisches Projekt zu integrieren, ein Spiel mit dem Feuer, von dem die Linke theoretisch und politisch die Finger lassen sollte. Auch ihre Vorstellung, dass viele rechtspopulistische Forderungen »demokratische Forderungen« seien oder einen »demokratischen Kern« hätten (Mouffe 2018, 32f.), scheint mir offen gestanden abwegig zu sein und zu einer seltsamen demokratiethoretischen Legitimierung nationalistischer Positionen zu führen, die die demokratische Semantik nach meinem Dafürhalten letztlich nur kapern, ohne im Mindesten selbst demokratisch zu sein (vgl. Flügel-Martinsen 2020b, Kap. 6.1).

Statt einen begründungstheoretischen Rahmen zur Verfügung zu stellen oder sich auf fragwürdige Versuche einzulassen, die Mobilisierungsressourcen rechter Bewegungen von links anzueignen, ist es meines Erachtens eine plausiblere Strategie radikaler Demokratietheorien, sich auf eine emanzipatorische Kritik normativer und institutioneller Ordnungen zu konzentrieren. Auf das mit dieser Aufgabenstellung verbundene Programm der radikalen Demokratietheorie als kritischer Theorie unserer Gegenwart werde ich gleich im abschließenden Abschnitt nochmals zurückkommen. Mit Blick auf das Verhältnis radikaler Demokratietheorie und Normativität ist ein Hinweis auf den Begriff von Demokratie instruktiv, wie er sich aus den Arbeiten Rancières rekonstruieren lässt (vgl. u.a. Rancière 2000; Rancière 2002; Rancière 2011; Rancière 2015): Demokratie ließe sich dann verstehen als eine Bewegung der Infragestellung einer gegebenen Aufteilung des Sinnlichen (*partage du sensible*) und ihrer Ausschließungsverhältnisse. Normative Ordnungen sind Teil dieser Ordnungen des Sinnlichen, und sie spielen eine wesentliche Rolle dabei, wessen Rede als legitime Rede wahrgenommen wird oder nicht, wer welchen Platz zugewiesen bekommt oder wie über die als legitim empfundene Verteilung von Gütern und Positionen entschieden wird. Sie infrage zu stellen kann demnach eine emanzipatorische Wirkung haben, die Verschiebungen im normativen Gefüge zur Folge hat. Demokratietheoretische Infragestellungen können so Teil einer demokratischen Emanzipationspolitik sein. Es ist also meines Erachtens richtig, dass radikale Demokratietheorie normative Implikationen hat, denn ohne Verschiebungen im normativen Gefüge einer bestehenden polizeilichen Ordnung lassen sich die mit ihr verbundene Aufteilung des Sinnlichen und die durch sie bedingten Ausschlüsse kaum transformieren.

Radikale Demokratietheorie ist aber nur Teil einer solchen politischen Praxis, wenn sie diese weder zu bevormunden noch deren Ergebnisse zu antizipieren sucht. Sie ist eine kritische Reflexion, die keineswegs bestreitet, dass eine Neuaufteilung stattfinden muss, die aber aus demokratietheoretischen Gründen darauf verzichtet, ja darauf verzichten muss, selbst den Rahmen oder die Inhalte dieser Neuaufteilung anzugeben. Ihre emanzipatorische Stoßrichtung verdankt sie dabei meines Erachtens tatsächlich, wie ich andernorts auch in Abgrenzung zu rechten Infragestellungen bereits verschiedentlich dargelegt habe (vgl. Flügel-Martinsen 2020a; Flügel-Martinsen 2021), der kontingenztheoretischen Überlegung, dass sich Demokratie immer einer ungewissen Zukunft öffnen muss (vgl. Derrida 2000; Flügel-Martinsen 2024, Kap. 7). Das ist keine normative Grundlegung von Demokratie, sondern eher eine normativ folgenreiche Implikation der Überlegung, dass von Demokratie nur dann die Rede sein kann, wenn die Zukunft nicht bereits feststeht und wenn auch nicht festgelegt werden kann, dass irgendjemand auf eine privilegierte Weise an der Gestaltung von Zukunft beteiligt ist, weil die Fragen der Zukunftsgestaltung und wer an ihr auf welche Weise beteiligt ist, konstitutiv umstrittene Fragen bleiben, denen wir uns immer wieder stellen müssen.

Demokratietheoretisch eingeordnet ist das sicherlich mehr als eine bloß deskriptive Typologisierung, wie sie empirischen Demokratietheorien vorschwebt, die dabei meines Erachtens aber immer übersehen, dass es einen neutralen, objektiven Beobachtungspunkt nicht geben kann. Radikale Demokratietheorie, so wie ich sie hier zu deuten vorschlage, bestreitet demnach die Möglichkeit einer neutralen Distanznahme und versteht sich als explizit kritische Unternehmung, die normative Konsequenzen hat. Gleichzeitig unterscheidet sie sich aber von normativen Demokratietheorien, da sie auf eine Begründung, sei es von Rahmenannahmen oder Prinzipien demokratischer Verfahren, ausdrücklich verzichtet – mit vielen normativen Demokratietheorien teilt sie aber das Bemühen, den kritischen Sinn von Demokratie herauszustreichen.

3. Schlussbemerkung: Radikale Demokratietheorie als kritische Theorie unserer Gegenwart

Radikale Demokratietheorie, so dürfte deutlich geworden sein, zeichnet sich weder durch eine Institutionenfeindlichkeit aus noch weicht sie normativen Implikationen ihrer Überlegungen aus. So, wie ich radikale Demokratietheorie zu deuten vorschlage, handelt es sich bei ihr demnach um einen Theorietypus, der sich markant von empirischen und normativen Demokratietheorien unterscheidet. Sie bescheidet sich nicht mit einem analytisch-deskriptiven Fokus, wie er empirische Demokratietheorien in der Regel kennzeichnet, sondern macht eine kritische Dimension zu einem ihrer konstitutiven Momente. Damit ist sich radikale Demokratietheorie des Umstands bewusst, dass sie normative Implikationen hat – mehr noch: Sie zielt als emanzipatorische politische Theorie ausdrücklich auf solche normativen Implikationen, da sie eine ihrer wesentlichen Aufgaben in der Beteiligung an einer kritischen Umgestaltung normativer Ordnungen ausmacht, die sie immer auch als Macht- und Ausschließungsverhältnisse analysiert.

Gleichzeitig ist sie keine normative Demokratietheorie im üblichen Sinne, da es ihr nicht um die Begründung normativer Prinzipien oder Referenzpunkte geht. Stattdessen muss radikale Demokratietheorie als eine postessentialistische Variante einer kritischen Gesellschaftstheorie verstanden werden, deren genuine Aufgabe darin liegt, die Entstehung der sozialen, politischen, normativen und epistemischen Ordnungen, in denen wir leben, kritisch zu rekonstruieren und im Zuge dieser Rekonstruktion nicht nur deren Gewordenheit, sondern auch deren Veränderbarkeit herauszustellen.¹⁷ Die Gegenwartsdiagnosen, die radikale Demokratietheorien zu diesem Zweck betreiben, lassen unsere jeweilige Gegenwart als Ergebnis einer kontingenten historischen Entwicklung erscheinen, die – darauf zielen die kritischen Gegenwartsbefragungen – eine zukünftige Umgestaltung, die immer hier und jetzt beginnen kann, möglich werden lässt. Demokratie ist dabei nicht zuletzt der Name für diese Möglichkeit einer Gestaltung zukünftiger Ordnungen.

Für diese Aufgabe scheinen mir weder normative Referenzpunkte noch allgemeine Annahmen erforderlich zu sein. Wohl aber bedarf

17 Eine solche Vorstellung politischer Theorie als kritischer Gesellschaftstheorie umreißt ich in meinem Buch *Kritik der Gegenwart – Politische Theorie als kritische Zeitdiagnose* (Flügel-Martinsen 2021).

es umfassender kritischer Befragungsaktivitäten, die sich ebenso gegen die Möglichkeit objektiver oder neutraler sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, auf die empirische Demokratietheorien bauen, wie auch gegen die Vorstellung einer Begründung normativer Prinzipien richtet. Eine solche kritische Theorie befragt epistemologische und normative Prinzipien auf ihre Genese hin und versteht sie in der Nachfolge Foucaults (vgl. Foucault 1997) dabei als diskursive Ordnungen, die durch Machtbeziehungen gekennzeichnet sind.¹⁸ Wie auch Foucault bevorzugt sie die Nadelstichpraxis einer steten skeptischen Befragung – das, was Foucault eine *interrogation critique* nennt (vgl. Foucault 2001, 1396) –, ohne diese selbst noch einmal durch allgemeine Annahmen wie die einer Theorie der Kontingenz abzusichern.¹⁹ Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass damit theoretische Erwartungen an die Begründung des eigenen Standpunkts enttäuscht werden. Aber genau in dieser Enttäuschung liegt die Offenheit, die radikaler Demokratietheorie zufolge selbst auch die Idee der Demokratie kennzeichnet.

Literatur

- Abbas, Nabila 2019, Jacques Rancière, in: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin, 388–399.
- Abensour, Miguel 2012, *Demokratie gegen den Staat*, Berlin.
- Buchstein, Hubertus 2020, *Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben. Eine freundliche Polemik zu den radikalen Demokratietheorien anlässlich des Einführungsbuches von Oliver Flügel-Martinsen*, <http://www>

18 Vgl. für eine umfassende Kritik normativer politischer Theorie aus einer genealogischen und machttheoretischen Perspektive Geuss 2011. Vgl. zur Kritik der epistemischen Selbstbeschränkung empirischer Politikwissenschaft Lefort 1986.

19 Damit widerspreche ich Deutungen und Selbstdeutungen radikaler Demokratietheorie, die die Kontingenzannahme gleichsam als »Ankerbegriff« (Nullmeier 2022, 140) verstehen. Ausführlich diskutiere ich die verschiedenen Spielarten radikaldemokratischer Bezugnahmen auf Kontingenz in Flügel-Martinsen 2020a, Kapitel 2. Dort finden sich auch Überlegungen zu einer radikaldemokratischen Theorie der Kontingenz, die diese nicht als gleichsam letzte Wahrheit versteht. Siehe auch Flügel-Martinsen 2021, Kapitel 2 und 3.

- w.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratiethorien-zur-einfuehrung/ (Zugriff vom 23.10.2025).
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/ Nonhoff, Martin (Hg.), 2019a, *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Berlin.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/ Nonhoff, Martin 2019b, Demokratie, in: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin, 457–483.
- Derrida, Jacques 2000, *Politik der Freundschaft*, Frankfurt a.M.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2020a, *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*. Hamburg.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2020b, *Wer kann einer so freundlich-polemischen Gesprächseinladung schon widerstehen? Eine Replik auf Hubertus Buchsteins Kritik radikaler Demokratietheorien*, <http://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratiethorien-zur-einfuehrung-2/> (Zugriff vom 23.10.2025).
- Flügel-Martinsen, Oliver 2024, *Plurale Kritik*, Frankfurt a.M.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska 2020, Befragung ja, Abschaffung nein? Zum Verhältnis radikaler Demokratietheorie und Institutionen, in: Herrmann, Steffen/Flatscher, Matthias (Hg.), *Institutionen des Politischen. Perspektiven radikaler Demokratietheorie*, Baden-Baden, 27–41.
- Foucault, Michel 1997, *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel 2001, Qu'est-ce que les lumières?, in: ders., *Dits et Écrits II*, Paris, 1381–1397.
- Geuss, Raymond 2011, *Kritik der Politischen Philosophie*, Hamburg.
- Graeber, David 2017a, Direkte Aktion, in: Braune, Andreas (Hg.), *Ziviler Ungehorsam*, Stuttgart, 309–314.
- Graeber, David 2017b, Inside Occupy, in: Braune, Andreas (Hg.), *Ziviler Ungehorsam*, Stuttgart, 314–334.
- Herrmann, Steffen/Flatscher, Matthias (Hg.) 2020a, *Institutionen des Politischen. Perspektiven radikaler Demokratietheorie*, Baden-Baden.
- Herrmann, Steffen/Flatscher, Matthias 2020b, Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive, in: Herrmann, Steffen/Flatscher, Matthias (Hg.), *Institutionen des Politischen. Perspektiven radikaler Demokratietheorie*, Baden-Baden, 7–23.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2001, *Hegemony and Socialist Strategy*, London.

- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2012, *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien.
- Lefort, Claude 1986, *Essais sur le politique*, Paris.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary 2012, Zwischen Konkurrenz und Konvergenz, in: Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (Hg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden, 9–32.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary 2016, Zeitgenössische empirische Demokratietheorie, in: Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (Hg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien*, Wiesbaden, 7–20.
- Marchart, Oliver 2010, *Die politische Differenz*, Berlin.
- Martinsen, Franziska 2019, Politik und Politisches, in: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin, 583–592.
- Mouffe, Chantal 2008, *Das demokratische Paradox*, Wien.
- Mouffe, Chantal 2014, *Agonistik*, Berlin.
- Mouffe, Chantal 2018, *Für einen linken Populismus*, Berlin.
- Nullmeier, Frank 2022, Theoriebildung und die Sorge um die Fachdisziplin, in: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hg.), *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte*, Baden-Baden, 131–148.
- Oppelt, Martin 2017, *Gefährliche Freiheit – Rousseau, Lefort und die Ursprünge der radikalen Demokratie*, Baden-Baden.
- Rancière, Jacques 2000, *Le partage du sensible*, Paris.
- Rancière, Jacques 2002, *Das Unvernehmen*, Frankfurt a.M.
- Rancière, Jacques 2011, *Der Hass der Demokratie*, Berlin.
- Rancière, Jacques 2015, Does Democracy Mean Something?, in: *Jacques Rancière: Dissensus*, London, 53–69.
- Richter, Emanuel 2019, Miguel Abensour, in: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin, 179–189.
- von Ramin, Lucas 2021, Die Substanz der Substanzlosigkeit: Das Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorie, in: *Leviathan* 49, 3/2021, 337–360.